

durch das, was alle Beteiligten in schlichter, rastloser Arbeit tun, der Aufbau der menschlichen Kultur ermöglicht und herbeigeführt wird. Einzelne befähigte Persönlichkeiten vermögen nur im Rahmen der gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und im Zusammenhang mit der Gesamtarbeit des Volkes besondere Leistungen zu vollbringen. So — und nicht durch künstliches Eingreifen gottbegnadeter Führer — sind die bisherigen sozialen Umwälzungen vor sich gegangen; so wird auch diejenige vollendet werden.

Ziel der Sozialdemokratie ist: die Arbeiterschaft zu befreien von Not, Elend und Knechtschaft. Wirklich frei sind die Menschen nur dann, wenn die materielle Not ihnen fern ist. Wer durch die Sorge ums liebe Brot gezwungen ist, fortwährend an alles mögliche Mühsal zu nehmen, der kann nicht tun, was er will, der kann seine Persönlichkeit nicht nach allen Seiten hin betätigen, der ist kein freier Mensch. Eine Vorbedingung zum Reich der Freiheit ist also, daß eine hohe Ertragsleistung der menschlichen Arbeit erzielt wird. Es ist nun zwar sehr wohl möglich, daß schon heute die menschliche Arbeit imstande wäre, alle Menschen reichlicher zu versorgen, wenn nur die Produkte vernünftig verteilt würden. Jedenfalls aber ist bereits das Kapital selbst am Werke, die Produktivität der Arbeit immer weiter zu steigern. Es geschieht dies durch die immer besserer technischen Hilfsmittel und durch die immer weiter ausgebauten Planmäßigkeit der Arbeit.

Hiermit geht allerdings auch Hand in Hand eine immer weiter getriebene Zusammenballung des Besitzes. Das heutige Wirtschaftsleben ist geradezu gekennzeichnet durch die Zusammenballung der Kapitalien, die bisher getrennt waren. Jeden Tag hört man von der Vereinigung verschiedener Firmen, von der Gründung oder schärferen Zusammenfassung der Kartelle, der Minge, der Trusts usw. So konzentriert sich das Kapital immer energischer. Es muß es tun, denn nur auf diese Weise kann es die Arbeit planmäßiger und folglich produktiver gestalten. Diese Zusammenballung des Kapitals erhöht nun selbstverständlich seine Macht, und so führen diese Vorgänge zusehends zu dem erstrebten Reich der Freiheit. Wer fürchten erst hat man gesehen, welche brutale Macht schon ein Kapitalist wie Herr Stinnes ausübt, der doch noch lange nicht der größte ist.

Wer wollte glauben, daß die Menschheit sich das ruhig gefallen lassen werde! Selbst wenn sie aus lauter feigen Sklavenfurchen bestände, würde der ständig steigende Druck schließlich auch den Zahnhäutchen zur Verzweiflung und zur Empörung bringen. Aber selbstverständlich wird niemand daran denken können, die zusammengeballten Kapitale wieder auseinanderzureißen. Das hieße ja die Produktivität der Arbeit mindern, die Entwicklung auf einen früheren Stand zurückzuführen. Vielmehr wird man vor der Aufgabe stehen, die Vorteile der planmäßigen Produktion beizubehalten, und zugleich ihre Segnungen der Allgemeinheit zuzuwenden, die Inzucht der Kapitalisten zu brechen. Nur ein Mittel ist denkbar zur Lösung einer solchen Aufgabe: die Enteignung der Produktionsmittel, wie die Sozialdemokratie es erstrebt. Sie wird dann die politische Aufgabe des Tages sein. Die Kapitalisten werden ihre ungeheure Macht benutzen, um ihren ungeheuren Reichtum zum Schaden der Allgemeinheit zu verteidigen. Die Macht des Volkes, die vom Proletariat zu erobernde Staatsmacht wird gegen sie aufgebracht werden müssen. Der Klassenkampf des Proletariats, das ist die „Entwicklung“, die uns die soziale Umwälzung bringen wird.

Daraus folgt, daß wir heute gar nichts Wichtigeres zu tun haben, als das Proletariat für diesen Kampf auszurüsten und vorzubereiten. Die Macht der Kapitalisten beruht auf ihrem Besitz. Was hat das Proletariat dem entgegenzusetzen? Nur die Macht seiner Zahl. Aber die größte Zahl nützt nichts, wenn sie zerstückelt, zusammenhanglos ist. Das lehrt die Geschichte aller Zeiten. Solange die Arbeiter sich zerstückelt, hier freie Gewerkschaften, dort christliche, dort Reich-Tunfische, dort wieder ganz indifferente, so lange kann das Kapital ihrer Freiheit. Ebenso wie das Kapital seinen riesigen Besitz planmäßig zusammenfaßt, ebenso müssen die Arbeiter ihre riesige Zahl planmäßig zusammenfassen. Das herbeizuführen, muß unser eifrigstes Bestreben sein.

Selbstverständlich kann niemand sie dazu zwingen, und schon aus diesem Grunde ist es so läppisch, wenn unsere Gegner der Sozialdemokratie Neigung zur Gewalttätigkeit nachsagen. Die Gewalt kann uns gar nichts nützen. Freiwillig müssen die Arbeiter sich zusammenschließen, sonst hilft es nichts. Freiwillig aber werden sie es nur dann tun, wenn sie die hier dargelegten Zusammenhänge kennen und verstehen. Daraus ergibt sich, daß wir in der Gegenwart keine löbliche Aufgabe haben, als die Arbeiterschaft über diese Zusammenhänge aufzuklären, das ist agilitieren; und dann die aufgestellten planmäßig zu vereinigen, das ist organisieren. Das ist wirklich praktische Gegenwartarbeit. Durch sie wird der Klassenkampf der Zukunft, der uns die Befreiung von Not, Elend und Knechtschaft bringen soll, wirksam vorbereitet.

Dies drückt das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie aus mit den Worten:

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“

Deutsches Reich.

Das Arbeitskammergesetz.

Die Beratung des Arbeitskammergesetzes hat am dritten und letzten Tage das gleiche Bild wie am zweiten. Die Kohorte der Scharfmacher blieb im Hintergrunde und ließ nur von Zeit zu Zeit durch ihren Vorkopf ihre Anwesenheit beteuern. Die Kosten des Kampfes gegen die paar Kommissionsverbesserungen müßte Teilbrück bestreiten; den Kampf gegen die über die diesjährigen Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden Verbesserungs-vorschläge, die fast ausschließlich von unserer Fraktion ausgingen, übernahm die Schar der Halben, die hierbei natürlich über die Stimmen der Scharfmacher verfügten.

Die so oft als Mittelstandsfeindin verlästerte Sozialdemokratie sah sich genötigt, die Interessen des Handwerks bei der Verteilung der Arbeitgebergegen den Handwerksmeister Teil vom Zentrum wahrzunehmen. Und wie Meister Teil das Handwerk, so verriet Arbeitersekretär Schirmer die Interessen der Arbeiter in den staatlichen Betrieben, die von der Vertretung in der Arbeitskammer ausgeschlossen werden, um dafür einen sehr unsicheren Wechsel auf Ausbau der Arbeiterausschüsse ausgestellt zu erhalten. Ebenfalls mit einem

sehr unsicheren Wechsel müssen sich die Handlungsgehilfen zusetzen geben. Der Verband des Triolen-Schad bekommt seinen Willen, und die Handlungsgehilfen kommen nicht in die Arbeitskammer, vorausgesetzt, daß diese überhaupt das Lebenslicht erbliden. Und dies ist noch sehr fraglich. Die hohe Regierung verlangt für die Arbeitskammern ein höheres Wählbarkeitsalter als für den Reichstag und will auch die auf ein Viertel kontingentierte Wählbarkeit der Sekretäre der Berufsorganisationen nicht zugestehen. Hier aber blieben Zentrum und Christlichsoziale fest — in zweiter Lesung. Was in dritter Lesung geschehen wird, steht dahin. Vielleicht scheitert das Gesetz, vielleicht kommt ein Ruckhandel zustande.

Am übrigen waren die Verhandlungen über diesen Gegenstand die erfreulichsten der ganzen Debatte. Auch die Gegner der Wählbarkeit, wie Horn-Reuß und Delbrück, flossen von Lob der Sozialratsbeamten über, und Teil entwickelte hier ein Maß sozialpolitischer Verständnisses, das man diesem Jüngling gar nicht zugezählt hätte. Sehr gut sprach wieder Raumann.

Mit kraftvollem Nachdruck wahrte Genosse Schmidt den Standpunkt der Fraktion. Die Mehrheit in dieser zweiten namentlichen Abstimmung war eine weit größere als in der Frage der Eisenbahnwerstattnarbeiter. Aber wie gesagt, es handelt sich um die zweite Lesung. — Es versteht sich, daß alle unsere Fraktionsredner, die die schwierige Aufgabe hatten, gegen eine meist feindselige Mehrheit Verbesserungen zu vertreten und Verschlechterungen zu bekämpfen, Pöglgen, Robert Schmidt, Sebering, Wömelburg und Hoch, in jeder Beziehung ihren Mann standen. — Am Freitag kommt nun der Etat an die Reihe.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß am Mittwoch, unter dem Vorbehalt des Beschlusses für verschiedene Ressorts, die Genossen Ledebour, Scheidemann und David in die Budgetkommission zu delegieren. Zum Reichsamt des Innern werden die Genossen Hoch und Fischer sprechen. Für den nächsten Schwereinstag wird der sozialdemokratische Antrag auf reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Aussicht genommen. Als Redner hierzu werden die Genossen Stadthagen und Brech bestimmt.

Die Telefon-Debatte.

Die Beratung der Fernspreckgebührenordnung wurde am Mittwoch in der Budgetkommission fortgesetzt. Abg. Raden wandte sich gegen die Ausführungen des Herrn Schmidt-Altenburg am Tage vorher, die den Interessen des Handels und Gewerbes zuwiderläufigen. Raden trat ferner für die Beschränkung ein. Das tat auch der Fortschrittler Eickhoff. Staatssekretär Krätze sprach sich abermals gegen die Beschränkung aus und bestritt wiederholt, daß der Regierungsentwurf agrarische Tendenzen habe. Genosse Koste betonte, der Staatssekretär werde die Anhänger der Beschränkung nicht zu seiner Auffassung bekehren. Er solle mehr Beweglichkeit zeigen, mehr als bisher auf die Interessen einzelner Bezirke Rücksicht nehmen. Koste trat dafür ein, daß bei den Fernspreckverbindungen eine Zone zwischen 100 bis 250 Kilometer zu einer Gebühr von 75 Pf. eingeführt werde. Gegen den letzteren Vorschlag sprach sich der Staatssekretär wegen des Ausfalls in Höhe von 1 700 000 M. aus. Genosse Schöpflin wies darauf hin, wie groß die Zahl der Personen ist, die an einer solchen Zone interessiert sind. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, daß § 1 lautet: „Für jeden Anschlag an ein Fernsprecknetz wird eine Grundgebühr und entweder eine Gesprächsgebühr oder eine Pauschale je nach Wahl des Teilnehmers erhoben.“ — Im § 2 wird die Grundgebühr festgelegt. Sie beträgt in Regen von nicht über 1000 Anschläffen bei mehr als

1 000 bis 5 000 Anschläffen	50 M.
5 000 „ 20 000 „	60 „
20 000 „ 70 000 „	90 „

für jede weiteren 30 000 Anschläffen je 10 M. mehr. Nach § 3 beträgt die Gesprächsgebühr 4 Pf. Nach § 4 beträgt die Pauschalegebühr bei nicht über 2000 Verbindungen 75 M. jährlich. Bei mehr als 2 000 Verbind. bis einschl. 4 000 Verbind. 140 M. „ „ 4 000 „ „ 6 000 „ 200 „ „ 6 000 „ „ 8 000 „ 250 „ „ 8 000 „ „ 10 000 „ 300 „

Die Höchstzahl der bei einem Anschluß zulässigen Gesprächs-Verbindungen beträgt 10 000 jährlich.

Nach § 7 beträgt die Gebühr für eine Verbindung von nicht mehr als drei Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu

20 Kilometern	10 Pf.
25 „	20 „
50 „	25 „
100 „	50 „
250 „	75 „
500 „	100 „
750 „	150 „
1000 „	200 „

über 1000 Kilometer für jede angefangenen weiteren 250 Kilometer 50 Pf. mehr.

Staatssekretär Krätze erklärte, nun könne die Regierung dem Gesetz nicht mehr zustimmen, weil die Einkalung der 250-Kilometer-Zone nahezu 2 Millionen Ausfall bringe. Bei der zweiten Lesung am Sonnabend wird diese mit knapper Mehrheit beschlossene Zone zweifellos fallen und dann das Gesetz angenommen werden.

Die Reichwertzuwachssteuer.

Der Beratung dieses Gesetzes in der Kommission stellen sich immer größere Schwierigkeiten in den Weg. Am Mittwoch wurde über den § 10 des Gesetzes verhandelt, der die zulässigen Abzüge regelt und zu dem nicht weniger als 15 Abänderungsanträge vorlagen. Schließlich wurde beschlossen, daß von dem steuerpflichtigen Betrag in Abzug gebracht werden können: die Aufwendungen für Bauten, Umbauten und sonstige dauernde besondere Verbesserungen, auch solche land- und forstwirtschaftlicher Art; ferner die Aufwendungen und Leistungen für Anlagen von Straßen, Kanalisation und andere öffentliche Einrichtungen, soweit keine Gegenleistung erfolgt. Vom Erwerbpreis wird ferner noch eine ganze Reihe Abzüge gestattet. Ein Antrag des Abg. Arndt wollte sogar Vermögensverluste, die nachweislich innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraumes dem Veräußerer durch Erwerb und Besitz des Grundstückes erwachsen sind, in Abzug bringen. Staatssekretär Wermuth erklärte, wenn dieser Antrag angenommen werde, gebe man dem Gesetz den Todesstoß, dann bleibe nichts mehr übrig. Die Freiungen und Abzüge gehen so schon zu weit. Der Antrag wurde abgelehnt. Die §§ 12 und 13 wurden mit geringen Abänderungen angenommen.

Labiau-Wehau.

Die Konservativen entwickeln im Wahlkreis Labiau-Wehau eine fieberhafte Tätigkeit, um das Mandat in der Stichwahl doch noch zu retten, und sie werden dabei von den Landräten und dem ganzen amtlichen Apparat unterstützt. Ueber die Tätigkeit, die der Landrat Weber und seine Antigenossen jetzt vor der Stichwahl ent-

falten, werden die unglaublichsten Dinge mitgeteilt. So berichtet die Königsberger Post, 31.:

„Von allen Seiten laufen die Meldungen bei uns ein, daß die Landräte eine fieberhafte Tätigkeit für die Wahlkampfbereitstellung entwickeln. Landrat Weber jagt auf dem Lande herum und bestelle persönlich Versammlungsbüros für die Konservativen, so zum Beispiel in Groß-Schirren. In fechtig Depeschen hätten die Landräte in Liebenau und Wehau Vertrauensmänner zu Besprechungen ausgesandt. Ja, leben wir denn in einem Verfassungszustand? In Parteieregiment besigen? Das sind doch Dinge, mit denen Befreiung des Lebensinteresse aller nichtkommerziellen Agrarier belasteten und überlasteten Bürger verlangen, die sie wenigstens von den Beamten, die sie bezahlen, mit gleichem Maß abstahe gemessen werden!“

Ferner wird gemeldet, die Landräte versprochen den Dorfbewohnern, wenn der konservative Kandidat gewählt werde, die Anlegung guter Fahrstraßen und andere Vorteile, und sie hätten die Gemeindevorsteher angelesen, eifrig zu agitieren. Den Geschäftleuten läßt die einflussreichen Konservativen sagen, daß sie ihre Ware allein verwenden können. Die Ausschüsse Schnaps und Bier, geben Festessen und versprechen Vorschlag, aber — konservativ muß gewählt werden. Die Landräte, die in der hier geschilberten Weise handeln und damit den Beweis liefern, daß sie nur die Bedienten der konservativen Junker sind, haben, wie das V. Z. bemerkt, nur eine Entschuldigung: ihr skandalöses Verhalten wird von ihnen vorgelegt, den Herren v. Bethmann-Hollweg und v. Dallwitz, nicht gehindert, sondern begünstigt.

Die Staatsaktion gegen den Wahren Jakob.

Gegen den verantwortlichen Redakteur des Wahren Jakob, Genossen Heymann in Stuttgart, ist wegen der Katholikentagnummern des Wahren Jakob das Hauptverfahren vor dem Stuttgarter Schwurgericht, wegen eines Verbrechens der Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abdrucken „eröffnet worden. Das Vergehen soll darin bestehen, daß in dieser Nummer „auf Grund eines von demselben Verfägers“ L. der Pfarrer Bauer dargestellt, der ein delinquentes Mädchen in offenbar unzüchtiger Absicht umfaßt, 2. auf einem anderen Bilde „der Pfarrer Scheuer ein nur wenig bekleidetes Mädchen mit unzüchtigen Ausdrücken und offenbar in der Absicht des sofortigen Geschlechtsverkehrs umfaßt.“

Man darf annehmen, daß die Staatsanwaltschaft mit diesem eigenartigen Versuch, ein Blatt zu verfolgen, das in seiner Verurteilung keinerlei Unzulänglichkeiten bezweckt, sondern ganz offenbar und unzweifelhaft zweischneidig geistliche Sittlichkeitsverbrechen an den Pranger stellen wollte, vor den Stuttgarter Geschwornen keine Vorbeeren pflücken wird.

Eine zweite Anklage hat die Staatsanwaltschaft nicht fallen lassen. Genosse Heymann sollte nach einer Gotteslästerung begangen haben, indem er in einer anderen Nummer des Wahren Jakob ein Bild mit dem Titel Der Christus von Kallehne veröffentlichte. Wegen dieses Teils der Anklage wird jedoch, wie es in dem Beschlusse heißt, der Angeklagte außer Verfolgung gesetzt, da dem Angeklagten nicht widerlegt ist, daß durch die Veröffentlichung nicht Christus, sondern die in Kallehne aus Anlaß einer Schulfest angelegte bopylommene Verquickung von Kriegsspiel und Religion verhöhnt werden sollte und eine Beschimpfung des Christglaubens hiernach in jener Veröffentlichung nicht zu erblicken ist.

Die „Christlichen“ Arbeiter als Helfer Heubrenners.

a. Das Zentrum bemüht jetzt die christlichen Arbeiterorganisationen als schwarze Hande zur Durchführung der Pläne des preussischen Junkertums. Indem man zugleich den Übergang von der verheulenden Gewerkschaftspolitik des Reichs ins koppliche Lager vollzieht, mißbraucht man Arbeiterorganisationen dazu, um Minister und Regierungen einzuschüchtern, die sich nicht einschließen können, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu gestören.

Diesem Zweck galt eine Regensburger Versammlung „christlich-nationaler“ Arbeiter, denen eine Resolution mit folgenden Schlüssen vorgelegt wurde:

„Die christlich-nationalen Arbeiter erblicken in der Haltung, welche der bayr. Verkehrsminister zur Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Verbande des Süddeutschen Eisen- und Postpersonals grundsätzlich einnimmt und insbesondere in der jüngsten Maßnahme des Ministers eine offensichtliche Verhöhnung der Umkämpfer und eine schwere Schädigung des monarchischen Staatsgebauens. Durch ein solches Verhalten eines Reichsministers, das gegen Einzel nicht anders als eine direkte Propaganda für die Sozialdemokratie bedeutet, muß der noch staats- und königstreu gebliebene Teil der Arbeiterschaft, der sich von den Regierungskreisen eine andere Stellung zur Sozialdemokratie erwartet, in seiner Anschauung verwirrt und in seiner Einstellung irrt werden.“

Die Versammlung erhebt Einspruch gegen diese das Interesse der Allgemeinheit in gleichem Maße wie die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft schädigende Propaganda des bayerischen Verkehrsministers und vertritt zu allen auf dem Boden der heutigen Staatsordnung stehenden politischen Faktoren, daß sie gegen die gesetzmäßige Politik des Verkehrsministers mit allem Nachdruck Stellung nehmen.“

Natürlich ist Herr von Frauendorffer gut zentrums-freund, hat er doch sogar den „Simplicissimus“ auf den Verbotslisten verboten. Aber er will nicht, ohne jeden Grund und jedes Recht, den süddeutschen Eisenbahnverband unterdrücken. Das ist seine Schuld und sein Verbrechen.

Das Zentrum — einflussreiche Abgeordnete der Partei waren in der Versammlung und schürten die Fege — ist jetzt in seiner Gewerkschaftspolitik noch unter die Gelben untergefallen. Es gibt sich nicht nur selbst dazu her, sondern es benutzt auch die Arbeiter dazu, um in Süddeutschland die Regierung den Ränken des Herrn von Heubrand gegenüber zu machen, in Baden wie in Bayern. Es bedarf der preussischen Bajonette nicht mehr, um im Süden die Ordnung wiederherzustellen; die süddeutschen Ratten besorgen schon das Geschäft.

Rein Wunder, daß jetzt unter den älteren Zentrumsführern ein großes Paranoiafieber beginnt. Auch Herr Schädler will nicht mehr für den Reichstag kandidieren, der die demokratische Melodie im Zentrum zu spielen pflegt. Diese Rolle ist überflüssig geworden. Sie stört das musikalische Geingefühl der preussischen Junker!